

16. Jahrgang

JAHRES-BERICHT 2025/26

wipol akademie
STEIERMARK

EDITORIAL

Ein weiteres ereignisreiches Jahr liegt hinter uns: Mit dem 16. Jahrgang der Wirtschaftspolitischen Akademie Steiermark durften wir erneut ein Jahr voller spannender Begegnungen, kontroverser Diskussionen und neuer Perspektiven erleben. Es war eine tolle und sehr besondere Gelegenheit, gemeinsam über aktuelle wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu diskutieren, neue Kontakte zu knüpfen und einige anregende Stunden in gemütlichem Rahmen zu verbringen. Dabei war dieses Jahr auch für den Verein selbst von besonderer Bedeutung: Im November wurde ein neuer Vorstand gewählt, der nun die Geschicke der WIPOL Steiermark weiterführt. Damit beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Vereins.

Seit jeher verfolgen wir das Ziel, Studentinnen und Studenten aus den unterschiedlichsten Studienrichtungen und den verschiedenen Hochschulen zusammenzuführen und Impulse für angeregte Diskussionen und eine Erweiterung des persönlichen und politischen Horizonts zu liefern. Unsere Schwerpunkte mögen sich über die Jahre durchaus verändert haben, aber eines blieb gleich: hochkarätige Vortragende, die mit ihrer Expertise wertvolle Inputs geben, die wir wiederum in den unterschiedlichsten Formaten gemeinsam diskutieren und vertiefen. Trotz bewegter Zeiten bieten wir bis heute Jahr für Jahr zahlreichen Studierenden einen niederschwelligen und kostenfreien Zugang zu außeruniversitärer Weiterbildung.

Unser Motto „Wirtschaftliches Handeln erfordert soziale Verantwortung" ist dabei seit der Vereinsgründung unsere zentrale Leitplanke und unser Kompass: wir möchten Raum für Inhalte abseits des über weite Strecken vorherrschenden neoliberalen Diskurses schaffen und gleichzeitig offen für den kritischen Austausch, für divergierende Ansichten und für lebhafte Diskussionen bleiben. Zentraler Eckpfeiler der WIPOL Steiermark ist es, allen Interessierten eine möglichst niederschwellige Partizipation zu ermöglichen – unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund oder dem Umfang des bestehenden (volks-)wirtschaftlichen Vorwissens. Ein studentischer Verein wie die WIPOL Steiermark kann nur durch einen hohen Grad an Idealismus und Engagement langfristig fortbestehen. Insbesondere haben unsere ausschließlich ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Jahrgangsleitungen und alle unsere Vortragenden zum Erfolg des Vereins entscheidend beigetragen. Darüber hinaus sind wir der AK Steiermark für die langjährige verlässliche Unterstützung außerordentlich dankbar. Die Veranstaltungen mit den unterschiedlichsten Vortragenden aus den Reihen der AK sind seit jeher eine Bereicherung für unsere Jahrgangsteilnehmer:innen. Auch der kürzlich zu Ende gegangene 16. Jahrgang hat sich wieder sehr abwechslungsreich gestaltet: Ein Planspiel zur Gemeinwohlökonomie, Vorträge zu globalen Machtverschiebungen, dem Gender Pay Gap, investigativem Journalismus, Rechtsextremismus und Völkerrecht sowie ein Q&A mit der ORF-Korrespondentin Carola Schneider boten vielfältige Einblicke in aktuelle wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Fragen. Ein besonderes Highlight war die Wien-Exkursion mit einem Besuch in der Österreichischen Nationalbank und einer Diskussion mit Finanzminister Markus Marterbauer. Auch die Podiumsdiskussion zu den Grazer Gemeidneratswahlen bot Gelegenheit, unterschiedliche politische Positionen kennenzulernen und zentrale Fragen zur Zukunft der Stadt zu diskutieren. Der 16. Jahrgang begeisterte durch seine thematische Vielfalt und wird deshalb nachhaltig in Erinnerung bleiben.

Besonders hervorheben möchten wir schließlich den Wechsel im Vorstand. Nach zwei Jahren übergaben Laura Böhm, Felix Kampus, Raffael Reithofer und Matthias Salomon ihre Funktionen an eine neue Generation. Wir möchten ihnen an dieser Stelle für ihr Engagement und ihren maßgeblichen Beitrag zur Entwicklung der WIPOL Steiermark herzlich danken. Mit Laurenz Lauffer, David Mödritzer, Christina Praßl, Karl Reimer und Simon Völker wurde ein neues Vorstandsteam mit 100 Prozent Zustimmung gewählt. Bereits bei einer gemeinsamen Klausur Anfang Januar wurden die Stärken und Schwächen des Vereins, Chancen und Risiken sowie strategische Ziele für die kommenden Monate und Jahre diskutiert. Wir freuen uns darauf, die WIPOL gemeinsam weiterzuentwickeln und dabei Bewährtes zu erhalten und gleichzeitig neue Ideen umzusetzen. Wir sind der festen Überzeugung: frische Ideen und die nötige Tatkraft sind unerlässlich, um als Verein von Studierenden und für Studierende langfristig bestehen zu können.

Christina Praßl
David Mödritzer
Karl Reimer
Laurenz Lauffer
Simon Völker
Der Vorstand der WIPOL Steiermark

Startveranstaltung

Sweet Sixteen WIPOL!

11|11|25

Autor:
Florian Cramer



Am 24. Oktober 2025 war es so weit: Die WIPOL Steiermark durfte die neuen Mitglieder des 16. Jahrgangs zur offiziellen Willkommensveranstaltung begrüßen. Teile des Vorstands sowie die Jahrgangsleitung, bestehend aus Marlena Schöttl, Jakob Keplinger, Anna Winter und Florian Cramer, freuten sich darauf, die neuen Teilnehmer:innen in der gemütlichen Atmosphäre des Schubertnest willkommen zu heißen.

Kennenlernspiele und erste politische Diskussionen

Nach einer klassischen Vorstellungsrunde, beginnend mit Vorstand und Jahrgangsleitung, wurden die Erwartungen sowie politische und wirtschaftliche Interessen der Teilnehmenden über Mentimeter abgefragt. Um allen Beteiligten das Kennenlernen zu erleichtern, wurde anschließend ein Kennenlernspiel gespielt. Marlena stellte den Teilnehmer:innen zunächst einfache Fragen, bei denen sie sich je nach Meinung im Raum positionierten. Im nächsten Schritt folgten wirtschaftspolitische Fragen: Entsprechend ihrer Antworten formierten sich die Teilnehmer:innen in kleinen Gruppen und konnten sich erstmals interdisziplinär austauschen – ganz im Sinne des Grundverständnisses der WIPOL.

Scheinbar war das Eis danach endgültig gebrochen. Wie von selbst bildeten sich Gesprächsgruppen und bei Snacks und Getränken lernten sich alle besser kennen. Gleichzeitig hatten die Teilnehmer:innen die Möglichkeit, der Jahrgangsleitung Fragen zu stellen und mehr über das Programm zu erfahren.

Als krönenden Abschluss ließen alle, die noch Lust hatten, den Abend bei einem Abschlussbier im Bausatzlokal gemütlich ausklingen.

Die Jahrgangsleitung

Von links nach rechts: Florian Cramer, Jakob Kepplinger, Anna Winter & Marlena Schöttl



Unser Leitbild

Die WIPOL ist ein privater und unabhängiger Verein, der 2007 von einer Gruppe kritischer WirtschaftsstudentInnen mit dem Ziel gegründet wurde, ein Netzwerk zu bilden, das Wirtschaft ganzheitlich betrachtet und hinterfragt. Aufgrund des Erfolges des ersten Jahrgangs wurden seitdem jährlich – jeweils im Oktober – neue Jahrgänge ins Leben gerufen. Heute richtet sich die WIPOL an engagierte Studierende, die über den Tellerrand der universitären Lehre hinausblicken und an einem kritischen Diskurs interessiert sind. Der Zertifizierungslehrgang, an dem jährlich insgesamt 100 TeilnehmerInnen in Österreich partizipieren, spannt sich über die Dauer von einem Jahr und kann an den Standorten Wien, Graz und Innsbruck absolviert werden. Während dieses Zeitraums werden wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Themen diskutiert und interdisziplinär erarbeitet. Das Programm wird durch das WIPOL-Team, bestehend aus ehemaligen TeilnehmerInnen, selbst organisiert und koordiniert. Unser Motto lautet ***Wirtschaftliches Handeln erfordert soziale Verantwortung.*** *Die vorherrschende wirtschaftspolitische Diskussion ist sehr stark von Machtstrukturen dominiert, die Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Wissenschaft verzerren und die Leistungen jener arbeitenden Menschen in den Hintergrund stellen, welche die eigentlichen Leistungsträger der europäischen Volkswirtschaften sind. Wir begreifen Wirtschaft als in Wechselwirkung zu Gesellschaft, Politik und Medien stehend und sehen, dass wirtschaftliche Entscheidungen maßgeblichen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen ausüben. Wir sind davon überzeugt, dass wirtschaftliches Handeln die Wahrnehmung sozialer Verantwortung bedarf, die Sozialpartnerschaft und der österreichische Wohlfahrtsstaat Werte darstellen, die erneuert und gesichert werden müssen, Wirtschaft und Gesellschaft weltoffen und international ausgerichtet sein müssen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nur durch höchstmögliche Bildungschancen für alle erreicht werden kann und die Stellung von Frauen in der gesamten Wirtschaft und in Spitzenpositionen im Besonderen gestärkt werden muss. Auch die Themen Umwelt und nachhaltiges Wirtschaften werden immer stärker in Veranstaltungen der WIPOL integriert.*

Gemeinwohlökonomie

Ein Planspiel mit unserem Jahrgang

11|11|25

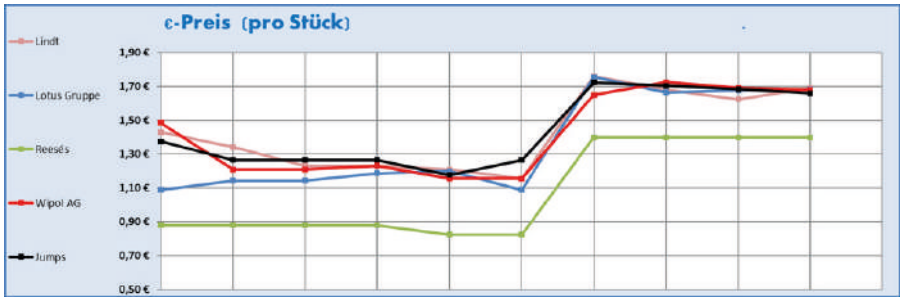
Autorin:
Marlena Schöttl



Wie fühlt es sich an in die Rolle der Geschäftsleitung einer Schokoladefirma zu schlüpfen, Nachhaltigkeit und Fairness gegen Preisvorteile abwiegen zu müssen und marktwirtschaftliche Wettbewerbsdynamik am eigenen Leib mitzuerleben? Dieser Herausforderung stellten sich rund 25 Teilnehmende des neuen WIPOL Jahrgangs vergangenen Mittwoch bei einem Planspiel zum Thema Gemeinwohlökonomie (Link: https://germany.ecogood.org/) und mussten feststellen, dass sich Gewinnstreben und Gemeinwohlinteressen nicht immer miteinander vereinbaren lassen.

Race to the bottom!

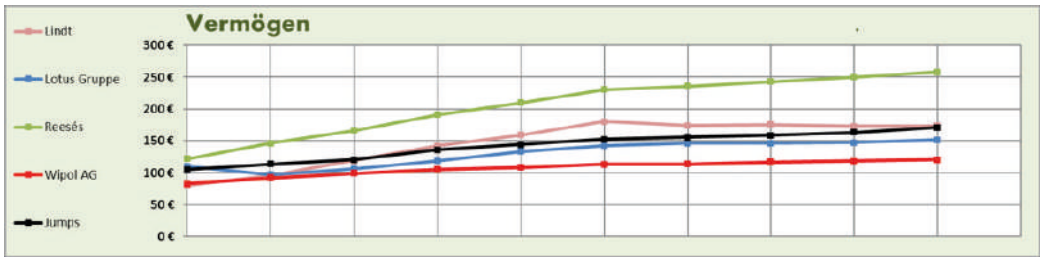
Die ersten sechs Runden des Planspiels drehten sich um die Produktionsentscheidungen der 5 Schokoladefirmen und die daraus entstehende Marktbilanz. Am Eingabeblatt (siehe Bildergalerie) konnten die Gruppen den Preis pro Stück eintragen – also jenen Preis, der die Produktionskosten deckt und auch eine gewisse Gewinnspanne enthält – sowie die gewünschte Produktionsmenge eintragen. Außerdem mussten sie entscheiden, welche Priorität die fünf Kategorien „ökologische Zutaten“, „Strombezug“, „Fairer Handel“, „Löhne“ und „Arbeitsplatzqualität“ in der Produktion haben sollen. Je nachhaltiger die Produktionsentscheidungen ausfielen, desto höher wurden die Stückkosten. Ähnlich wie am realen freien Markt führte das in unserem kleinen Experiment zu einem gegenseitigen Unterbieten der Preise. Als Gewinnergruppe ging klar jene Firma hervor, wel-



che die niedrigsten Stückkosten wählte. Während drei der Gruppen in der ersten Runde noch bewusst nachhaltige Entscheidungen trafen, wurde schnell deutlich, dass sich dies im Wettbewerb nicht „lohnt" – und sie stiegen in den „race to the bottom" mit ein.

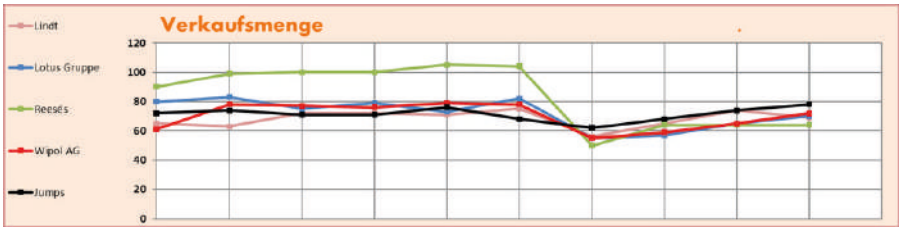
Enthüllung des Gemeinwohlindex

Was die Teilnehmer*innen allerdings während dieser von Konkurrenz geprägten ersten sechs Runden nicht wussten: Parallel wurden bereits ihre sogenannten Gemeinwohlpunkte mitberechnet. Im LibreOffice-Tool, welches



das Spiel begleitet, liegen Algorithmen zur Berechnung von „Bodenfruchtbarkeit", „Klima-Stabilität", „Sicherem Existenzminimum", „Sozialer Gerechtigkeit" und „Gesundheit und Wohlbefinden" zugrunde; auch ein Ethikfaktor fließt hier mit ein.

Nach der sechsten Runde wurde dann im Rahmen der fiktiven UN-Konferenz „Zukunftsfähiges Wirtschaften" das erfolgreichste Unternehmen gekürt und anschließend die jeweiligen Gemeinwohlpunkte offengelegt. Das Bild änderte sich dadurch schlagartig.

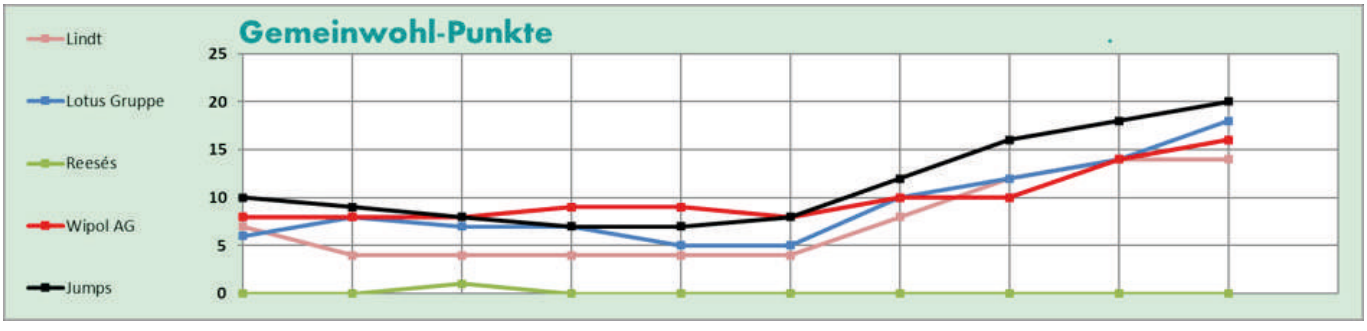


Bestehendes Marktversagen trotz Internalisierung

Nach dieser unerwarteten Wendung wurde das Spiel kurz pausiert, um über die Entstehung von Externalitäten zu brainstormen, sowie die Frage zu diskutieren *„Was ist eigentlich der Zweck von Wirtschaft?"* Dabei zeigte sich eine deutliche Diskrepanz zwischen dem, was der Zweck von Wirtschaft sein sollte, und dem, was er aktuell ist.

Nach dieser Diskussionsrunde wurde das Spiel mit neuen Regeln fortgesetzt: In den folgenden Runden wurden ***Gemeinwohlsteuern*** erhoben. Je niedriger die Gemeinwohlbilanz einer Firma, desto höher fielen die zu leistenden Steuern aus. Zudem wurde der Ethikfaktor im Kundenverhalten in den Berechnungen leicht erhöht.Im gesamtgesellschaftlichen Ergebnis zeigte sich dadurch eine klare Kehrtwende hin zu einem besseren Gemeinwohl.

Während die Verkaufsmengen der Firma mit nicht-nachhaltigen Produktionsentscheidungen sanken, blieb ihr Vermögen jedoch weiterhin deutlich über dem der anderen Firmen. In der anschließenden Diskussion wurden dafür zwei Erklärungsansätze genannt: zum einen die noch zu kurze Rundenanzahl mit Gemeinwohlsteuern; zum anderen die Überlegung, dass ohne ein breites gesellschaftliches Umdenken eine reine Internalisierung über Preise möglicherweise nicht ausreicht. Am Ende blieb also die Frage offen, ob sich durch Gemeinwohlsteuern auf lange Sicht tatsächlich nachhaltige und soziale Produktionsentscheidungen durchsetzen würden.



Die Planspiel Materialien wurden vom Internationalen Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie unter einer „Creative Commons BY-NC-SA 4.0. International Lizenz" zur Verfügung gestellt: https://datacloud.econgood.org/s/8ioedDDiHneAxGM

Investigativjournalismus

Vom Hinweis bis zur Veröffentlichung

01|12|25

Autorin:
Anna Winter



Am 28.11.2025 hatten wir bei der Wipol Steiermark den Investigativjournalisten Julian Kern zu Gast. In seinem Vortrag gab der Redakteur im Digitalteam des Nachrichtenmagazins „profil", einen praxisnahen Einblick in den Alltag investigativer Recherche. Kern arbeitet zu den Schwerpunkten Umwelt, Energie, Wirtschaft und Politik.

Zu Beginn stellte er profil als Medium vor und erklärte, worin sich die Arbeitsweise von jener klassischer Tageszeitungen unterscheidet. Während Aktualität dort im Vordergrund steht, liegt der Fokus bei profil stärker auf Einordnung und exklusiven Inhalten. Investigative Recherchen, Exklusivgeschichten und sorgfältiger Faktencheck gewinnen zunehmend an Bedeutung – nicht zuletzt auch als zentrales Verkaufsversprechen: „neu" und „noch nie berichtet".

Ein Schwerpunkt des Vortrags lag auf Investigativjournalismus. Kern erzählte, wie die meisten Recherchen beginnen. Wichtige Quellen sind parlamentarische Anfragebeantwortungen auf parlament.gv.at, direkte Kontakte zu Parlamentarier:innen sowie das Rechtsinformationssystem (RIS) mit Gesetzen und Urteilen. Auch Firmen- und Grundbuch zählen zu zentralen Werkzeugen im investigativen Journalismus. Werden diese Quellen regelmäßig durchgesehen, ergeben sich oft interessante Startpunkte.

Besonders anschaulich wurde der Vortrag durch ein aktuelles Beispiel aus seiner eigenen Arbeit. Die Recherche begann mit einem Anruf und einer E-Mail von Personen, die über Missstände berichteten. Darauf folgten persönliche Treffen und die entscheidende Frage, ob die Vorwürfe durch Dokumente belegbar sind. Erst wenn Quellen und Unterlagen überprüfbar sind, kann aus einem Hinweis eine veröffentlichungsreife Geschichte werden.

Abschließend beantwortete Julian Kern Fragen der Teilnehmer:innen zu seinen Fällen, zu Erlebnissen aus dem Arbeitsalltag als Journalist sowie zu politischen Themen.

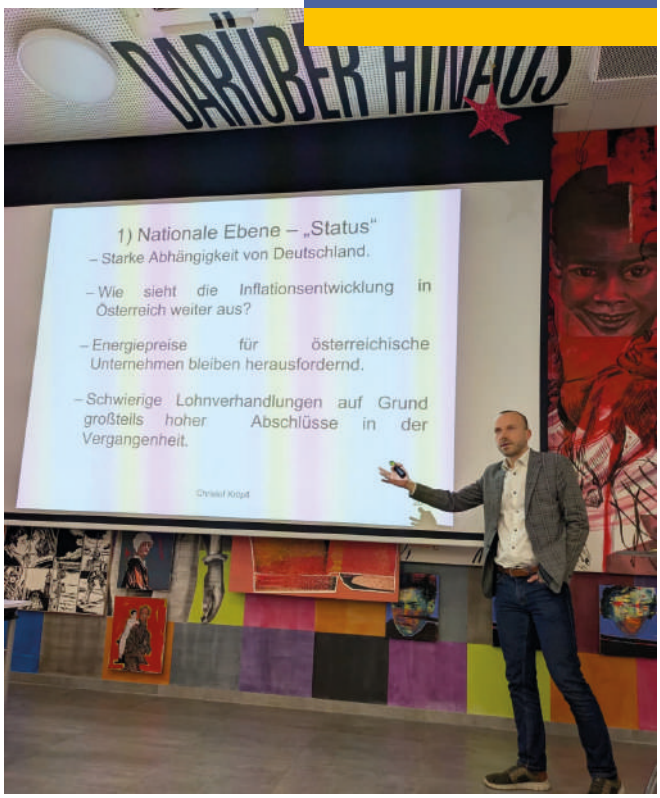
Globale Krisen, regionale Folgen

Wie geopolitische Herausforderungen die steirische Wirtschaft beeinflussen

08|12|25

Autor:
Matthias Salomon





Die aktuelle wirtschaftliche Lage Österreichs und insbesondere der Steiermark stand im Zentrum eines Vortrags, den Mag. Christof Kröpfl, Geschäftsführer der Volkshochschule Steiermark und Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer (AK) Steiermark, am 2. Dezember für die WIPOL gehalten hat. Dabei diskutierten wir über wirtschaftspolitische und geopolitische Herausforderungen sowie deren Auswirkungen auf die Region und ihre Bevölkerung.

Bildung für alle – die Mission der Volkshochschule Steiermark

Bevor die Diskussionen über die wirtschaftlichen Verwerfungen unserer Zeit begannen, stellte Mag. Kröpfl die vielfältigen Bildungsangebote der Volkshochschule (VHS) Steiermark vor. Diese reichen von Bewegungskursen über Finanzbildung und Soft Skills bis hin zu künstlerischen und handwerklichen Tätigkeiten. Das erklärte Ziel der VHS ist es, Bildung durch niederschwellige und breit gefächerte Angebote allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen. Dieses Engagement stieß auf erhebliches Interesse bei den Teilnehmer:innen des aktuellen WIPOL-Lehrgangs. Gleichzeitig wurde angeregt darüber debattiert, wie weit der Bildungsbegriff gefasst werden sollte und in welchen Bereichen die Kursangebote den größten gesellschaftlichen Mehrwert schaffen können.

Industrieland Steiermark – eine Region im Wandel

Mit einer Reihe von Statistiken regte Mag. Christof Kröpfl die weitere Diskussion über die wirtschaftlichen Herausforderungen der Steiermark an. Die Steiermark zeichnet sich durch eine außergewöhnlich hohe Forschungs- und Entwicklungsquote von 5,31 Prozent aus – die höchste unter allen österreichischen Bundesländern. Die Wirtschaftsstruktur ist vielfältig: Der primäre Sektor macht ca. 2,2 Prozent aus, der sekundäre Sektor ca. 34,1 Prozent und der tertiäre Sektor ca. 63,7 Prozent. Besonders hervorzuheben ist die Rolle der Steiermark als Exportland mit den diversen Clustern und Impulszentren. Insbesondere im Bereich der (ener-

gieintensiven) Industrie verfügt die Steiermark über einen sehr hohen Exportanteil und trägt damit substantiell zum wirtschaftlichen Erfolg der Region bei.

Globale Herausforderungen und ihre regionalen Auswirkungen

Im nächsten Abschnitt der Veranstaltung richteten wir den Fokus auf die multiplen Krisen, die das geopolitische Umfeld derzeit prägen. Mag. Christof Kröpfl führte vor Augen, wie der russische Krieg in der Ukraine nicht nur humanitäre Katastrophen auslöst, sondern auch massive wirtschaftliche Verwerfungen nach sich zieht, die sich auch auf die lokale Lage der Steiermark auswirken. Besonders die Energiepreise, die durch den Konflikt in die Höhe getrieben wurden, setzen der energieintensiven Industrie in unserem Bundesland erheblich zu. Diese Branche, die im internationalen Wettbewerb steht, sieht sich mit enormem Kostendruck konfrontiert, was nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, sondern auch schwierige Lohnverhandlungen zur Folge hat.

Ein weiteres Thema waren die unter Druck geratenen transatlantischen Beziehungen, die durch geopolitische Spannungen und die US-amerikanische Zollpolitik belastet werden. Die EU steht vor der Herausforderung, ihre Position in einem globalen Machtvakuum zwischen den USA, China und Russland zu behaupten. Gleichzeitig erfordert die Klimakrise entschlossenes Handeln, das nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche Konsequenzen mit sich bringt.

Die Diskussion verdeutlichte, wie eng diese Krisen miteinander verwoben sind, und Mag. Kröpfl ergänzte diesen Eindruck durch anekdotische Beispiele aus der steirischen Wirtschaft, die uns zeigten, welche weitreichenden Auswirkungen diese konkret auf steirische Betriebe, die Bevölkerung und den öffentlichen Haushalt haben. Die Unsicherheiten auf globaler Ebene führen zu Konsumzurückhaltung und wachsender Sorge, während öffentliche Haushalte unter zunehmendem Spardruck stehen. Mag. Kröpfl betonte, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen nicht nur regionale, sondern auch internationale Zusammenarbeit erfordert. Die Steiermark, so wurde deutlich, ist nicht nur von den globalen Entwicklungen betroffen, sondern auch ein aktiver Akteur, der sich den Herausforderungen der Zeit stellen muss.

Quo vadis Styria? – Ein Blick in die Zukunft

In der abschließenden Diskussion kam die Frage auf, wie die Steiermark und Europa den Herausforderungen der Zeit begegnen können. Mag. Kröpfl betonte die Bedeutung von Zusammenarbeit und einem positiven Mindset, um die globalen Probleme zu bewältigen. Mit einem Zitat von Willy Brandt – „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts" – unterstrich er die Notwendigkeit, den Dialog zu suchen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Der Vortrag und die anschließende Diskussion boten somit einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage der Steiermark, Österreichs sowie über globale wirtschaftspolitische Entwicklungen. Die Quintessenz bestand darin, wie eng regionale und internationale Herausforderungen miteinander verknüpft sind. Doch trotz aller Schwierigkeiten wurde außerdem deutlich, dass es möglich ist, mit einer positiven Grundeinstellung und konstruktivem Handeln die Zukunft aktiv zu gestalten.

Wir bedanken uns bei Mag. Kröpfl für einen inspirierenden Abend, der sowohl zum Nachdenken als auch zum Handeln anregte.



Österreich auf dem Weg zur Klimaneutralität?

Karl Steininger über den zweiten Klimawandel-Sachstandsbericht

10|01|26

Autor:
Jakob Kepplinger

Anfang Jänner präsentierte uns Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl W. Steininger die neuesten Erkenntnisse zum Stand Österreichs im Bereich Klimawandel. Dabei wurden unter anderem die Fragen beantwortet, ob Österreich auf dem Weg zur Klimaneutralität ist, wie Österreich seine Ziele erreichen kann oder auch welche Maßnahmen politische Entscheidungsträger*innen treffen müssten, um erfolgreiche Klimapolitik zu betreiben.

Prof. Steininger, der am Wegener Center der Universität Graz forscht, stellte zunächst den zweiten österreichischen Sachstandsbericht (AAR2) vor. Dieser Bericht des Austrian Pa nel on Climate Change (APCC) ist ein interdisziplinäres Großprojekt: Rund 200 Wissenschaftler*innen aus mehr als 50 Institutionen erarbeiteten ihn nach den Methoden des Weltklimarates (IPCC) – einschließlich der Confidence Statements und eines mehrstufigen Review-Prozesses.

Im Mittelpunkt standen die Ausgangslage und die Dringlichkeit. So ist die Temperatur in Österreich bereits um 3,1 °C deutlich über das globale Mittel angestiegen. Hitzewellen, Trockenheit und Starkniederschläge nehmen weiter zu. Die Kosten und Schäden belaufen sich heute auf rund 2 Milliarden Euro pro Jahr und könnten ohne zusätzliche Maßnahmen bis zum Jahr 2050 auf bis zu 10,8 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen. Besonders betroffen sind einkommensschwache Haushalte, obwohl diesen den geringsten CO2-Fußabdruck aufweisen.

Die Frage nach der Klimaneutralität beantwortete Steininger differenziert: Die Ziele für 2030 und 2040 sind erreichbar, aber nur, wenn rasch zusätzliche Maßnahmen gesetzt werden. Notwendig seien zusätzliche Investitionen von 6 bis 11 Milliarden Euro pro Jahr, eine Verdreifachung von Windkraft und Photovoltaik, die Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärme sowie eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft.



Beim Thema der „Climate Governance“, die im Sachstandsbericht als die Gesamtheit aller Interaktionen zwischen politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen zur Klimawandelminderung- bzw. -adaption definiert wird, verwies Steininger auf eine zentrale Schwachstelle: die Umsetzungslücke. Steininger betont, dass es bereits eine Vielzahl klimapolitischer Instrumente gebe. Deren Umsetzung sei aber oft unzureichend und zu einseitig auf Subventionen ausgerichtet. Wirksame Klimapolitik könne durch bessere vertikale und horizontale Integration, strategische Allianzen, einen durchdachten Maßnahmenmix und nationale Klimabeiräte erreicht werden.

Steiningers Fazit fiel trotz der ernüchternden Daten konstruktiv aus: Vorsorgender Klimaschutz ist deutlich günstiger als nachträgliche Schadensbewältigung und bringt zahlreiche positive Effekte. Diese reichen von der Halbierung der Energieimportabhängigkeit bis hin zur Steigerung der Lebensqualität in Österreich.

Ein Gender Pay Gap kommt selten allein

Ursachen, Wirkungen & gesetzliche Perspektiven

14|01|26

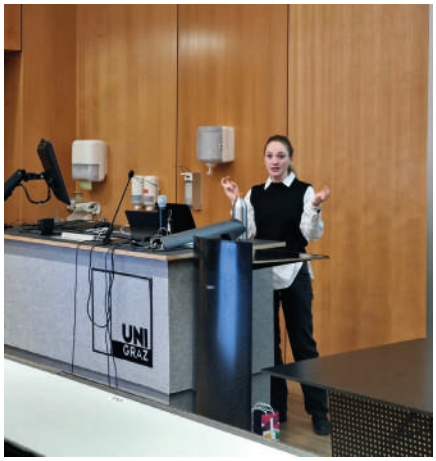
Autor:
Florian Cramer

Am 14. Januar 2026 durfte die WIPOL Steiermark Frau Sophie Achleitner, Economist am Momentum Institut, in Graz begrüßen von der WIPOL haben uns sehr

Unter dem Titel „Ein Gender Gap kommt selten allein – Ursachen, Entwicklungen & gesetzliche Perspektiven“ gab Frau Achleitner einen fundierten Einblick in die aktuellen Zahlen und Herausforderungen rund um den Gender Gap im Allgemeinen sowie den Gender Pay Gap im Besonderen.

Zu Beginn ihres Vortrags griff sie gängige Schlagzeilen und politische Aussagen zum Gender Gap auf und erklärte die unterschiedlichen Prozentangaben, die häufig in den Medien genannt werden. Dabei zeigte sie auf, weshalb Kennzahlen wie 12,2 %, 16,3 % oder 18,3 % nebeneinander existieren und wie diese jeweils berechnet werden. So erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass Österreich laut Eurostat beim Gender Pay Gap, der sich auf den Bruttostundenlohn bezieht, mit 18,3 % deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 von 12,0 % liegt.

Im weiteren Verlauf widmete sich Frau Achleitner den Ursachen der unterschiedlichen Teilzeitquoten





von Frauen und Männern. Anhand aktueller Daten wurde deutlich, dass Care-Arbeit nach wie vor der wichtigste Grund für Teilzeitbeschäftigung von Frauen ist, während Männer Teilzeit überwiegend aufgrund von Aus- und Weiterbildung ausüben. Diese unterschiedlichen Erwerbsbiografien wirken sich langfristig auf Einkommen, Karrierechancen und schließlich auch auf die Pension aus.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vortrags war die Einordnung des sogenannten erklärten und unerklärten Gender Pay Gaps. Frau Achleitner zeigte anhand aktueller statistischer Auswertungen, dass lediglich 34,3 % der Lohnunterschiede durch Faktoren wie Beruf, Branche, Arbeitszeit oder Qualifikation erklärt werden können. Rund 65,7 % des Gender Pay Gaps bleiben statistisch hingegen unerklärt und verdeutlichen, dass die Ursachen weit über rein arbeitsmarktbezogene Unterschiede hinausgehen.

Darüber hinaus setzte sich Frau Achleitner mit häufig vorgebrachten politischen Argumenten auseinander, die den Gender Pay Gap relativieren oder dessen Bedeutung infrage stellen. Mithilfe wissenschaftlicher Daten und Fakten ordnete sie diese kritisch ein und zeigte auf, welche strukturellen Faktoren zur anhaltenden Einkommensungleichheit beitragen. Der Vortrag bot zahlreiche Denkanstöße und regte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer lebhaften Diskussion über mögliche Lösungsansätze an.

Im Anschluss an den rund 45-minütigen Vortrag nutzten die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, Fragen zu stellen und mit der Vortragenden ins Gespräch zu kommen. Dabei wurden neben dem Gender Pay Gap auch weiterführende Themen – etwa das Pensionssplitting und dessen mögliche Auswirkungen auf die finanzielle Absicherung im Alter – diskutiert.

Wir bedanken uns herzlich bei Sophie Achleitner und dem Momentum Institut für den spannenden und lehrreichen Vortrag sowie bei der AK Wien für die Übernahme der Kosten.

Neue Statuten, neuer Vorstand, neue Ziele!

Generalversammlung und Vorstandsklausur:
Es ist viel passiert!

28|01|25

Autor:
Karl Reimer



Und wieder ist eine Vorstandsperiode vorbei und ein weiteres kleines Kapitel der Wipol Steiermark endet und ein Neues beginnt! Am Freitag, dem 21. November 2025, fand am Abend nach zwei ereignisreichen Jahren die Generalversammlung der Wirtschaftspolitischen Akademie Steiermark statt. Dazu trafen sich Vereinsmitglieder aus unterschiedlichsten Jahrgängen im Naturfreundehaus in Graz, um die Grundsteine für die kommenden zwei Jahre zu legen.

Neue Statuten

Besonders spannend waren diesmal auch die Statutendiskussionen. So wurden unter anderem an den Beschlussfähigkeiten von Gremien gefeilt oder auch andere Gremien wie die Jahrgangsleitung und das Schiedsgericht statutarisch verankert. In Summe sollen die Änderungen das Statut professionalisieren und die Beschlussfähigkeiten sowie das Arbeiten wichtiger Gremien erleichtern.

Neuer Vorstand

Viele Mitglieder des bisherigen Vorstandes durften nun ihre Positionen an eine neue Generation übergeben. So verlassen Laura Böhm, Felix Kampus Raffael Reithofer und Matthias Salomon den Vorstand, nachdem sie die Entwicklung der Wipol in den vergangenen Jahren entscheidend geprägt haben. *Vielen Dank!*
Laurenz Lauffer, David Mödritzer (Finanz), Christina Praßl, Karl Reimer (Vorsitz) und Simon Völker wurden als neues Vorstandsteam mit 100% Zustimmung gewählt. Wie nun der neue Vorstand die Wipol weiterentwickeln möchte, wurde bereits bei einer Klausur Anfang Januar besprochen. Dort diskutierten Mitglieder der Jahrgangsleitung, sowie des vergangenen und neuen Vorstandes über Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken und schließlich auch über strategische Ziele für die kommenden Monate und Jahre.

Der neue Vorstand

Von links nach rechts: Simon Völker, Christina Praßl, David Mödritzer, Karl Reimer & Laurenz Lauffer



Neue Ziele

So sollen die Teilnehmenden unserer nächsten Jahrgänge noch diverser werden. Unter anderem wollen wir noch mehr Studis auf der Technischen Universität und der FH ansprechen, aber auch auf der Karl-Franzens-Universität wollen wir die VWL-Blase verlassen. Zusätzlich soll der Anteil von Frauen* in unseren Jahrgängen und Gremien weiter steigen und der Öffentlichkeitsauftritt der Wipol noch stärker professionalisiert werden. Bei den Themen bleiben wir auch in Zukunft breit aufgestellt und wollen uns mit allen aktuellen ökologischen, sozialen, ökonomischen wie auch geopolitischen Herausforderungen beschäftigen. Dabei gilt es stets aktuelle Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme kritisch zu hinterfragen, um somit die Zukunft besser gestalten zu können. Wir freuen uns auf zwei ereignisreiche Jahre!



Kapitalismus, Macht und Zukunftsperspektiven

Ein Vortrag von Mario Matzer

09|03|26

Autor:
Florian Cramer



Am 03.03.2026 hielt Mario Matzer von der Arbeiterkammer Steiermark im Rahmen des 16. Jahrgangs der WIPOL Steiermark einen Vortrag mit dem Titel „Der Untergang der USA – Wie Europa auf den Aufstieg Chinas und den Niedergang der USA reagieren muss“. Ziel des Vortrags war es, den Teilnehmer:innen wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge näherzubringen und aktuelle globale Entwicklungen verständlich zu erklären. Dabei verband Herr Matzer historische Beispiele mit modernen wirtschaftspolitischen Themen und regte zur Auseinandersetzung mit den Veränderungen in der Weltwirtschaft an.

Zu Beginn erklärte Herr Matzer die Grundlagen des Kapitalismus und die Bedeutung von Produktion, Arbeit und staatlichen Rahmenbedingungen. Er zeigte auf, wie Unternehmen, Arbeitnehmer:innen und der Staat zusammenwirken und welchen Einfluss diese Bereiche auf die Wirtschaft haben. Ein wichtiger Bestandteil des Vortrags war außerdem die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Dabei erläuterte er verschiedene Formen von Kapital, wie wirtschaftliches Kapital durch Besitz und Vermögen, soziales Kapital durch Netzwerke und Beziehungen sowie kulturelles Kapital durch Bildung, Wissen und gesellschaftliche Anerkennung.

Besonders ausführlich ging Herr Matzer auf gesellschaftliche Machtstrukturen ein. Anhand verschiedener Beispiele erklärte er, wie wirtschaftliche und soziale Macht entstehen und welche Rolle Institutionen, Gesetze und gesellschaftliche Werte dabei spielen. Dabei wurden auch Gewerkschaften, die Arbeiterkammer sowie staatliche Strukturen thematisiert. Durch historische Vergleiche und aktuelle Beispiele wurde verdeutlicht, wie sich gesellschaftliche Entwicklungen über lange Zeiträume verändern und welche Auswirkungen dies auf Politik und Wirtschaft haben kann.

Ein weiterer Schwerpunkt des Vortrags war die sogenannte „kulturelle Hegemonie“. Herr Matzer erklärte, wie Weltbilder und gesellschaftliche Vorstellungen das Denken und Handeln von Menschen beeinflussen. Dabei bezog er sich unter anderem auf Theorien von Antonio Gramsci und Karl Marx. Es wurde gezeigt, wie politische und gesellschaftliche Ideen entstehen und warum bestimmte Vorstellungen in einer Gesellschaft besonders stark vertreten sind. Außerdem sprach er darüber, wie Medien, Bildung und gesellschaftliche Normen zur Stabilität politischer und wirtschaftlicher Systeme beitragen.

Im weiteren Verlauf präsentierte Herr Matzer zahlreiche Statistiken und historische Beispiele zur Entwicklung von Vermögen und wirtschaftlicher Macht. Er zeigte, wie sich Vermögen in vielen Ländern zunehmend auf wenige Personen konzentrieren und wie sich dies auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken kann. Dabei wurden auch aktuelle Entwicklungen in den USA behandelt. Herr Matzer erklärte, warum die USA seiner Ansicht nach wirtschaftlich und gesellschaftlich vor großen Herausforderungen stehen und welche Rolle politische Entscheidungen dabei spielen. Zusätzlich ging er auf die steigende Bedeutung Chinas als globale Wirtschaftsmacht ein und erläuterte mögliche Folgen dieser internationalen Machtverschiebung für Europa.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung Europas wurde thematisiert. Herr Matzer sprach über Herausforderungen wie steigenden Budgetdruck, Veränderungen in der Industrie sowie gesellschaftliche und politische Spannungen. Dabei erklärte er, wie wirtschaftliche Entwicklungen oft eng mit sozialen und politischen Veränderungen verbunden sind. Außerdem wurde diskutiert, welche Auswirkungen globale Krisen und wirtschaftliche Veränderungen langfristig auf die

Bevölkerung haben könnten.
Zum Abschluss widmete sich der Vortrag zukünftigen Herausforderungen wie sozialer Ungleichheit, Klimawandel und wirtschaftlicher Stabilität. Herr Matzer stellte verschiedene politische und wirtschaftliche Lösungsansätze vor, darunter Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie stärkere Maßnahmen gegen den Klimawandel. Er betonte außerdem die Bedeutung demokratischer Institutionen, gesellschaftlicher Mitbestimmung und politischer Bildung. Insgesamt bot der Vortrag den Teilnehmer:innen einen umfassenden Einblick in wirtschaftspolitische Zusammenhänge und vermittelte viele neue Perspektiven auf aktuelle globale Entwicklungen.
Wieder einmal war es ein sehr spannender und informativer Abend mit Mario Matzer. Der Vortrag bot den Teilnehmer:innen einen umfassenden Einblick in wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge und regte dazu an, aktuelle globale Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Durch die Verbindung von historischen Beispielen, wirtschaftlichen Analysen und aktuellen politischen Themen konnte Herr Matzer komplexe Inhalte verständlich vermitteln und den Zuhörer:innen viele neue Denkanstöße mitgeben.



Russland ohne Putin?

Q&A mit ORF-Korrespondentin Carola Schneider

13|04|26

Autorin:
Anna Winter



Anfang April veranstalteten wir ein Q&A mit Carola Schneider aus dem ORF-Korrespondentenbüro in Moskau. Die Teilnehmenden stellten Fragen zu aktuellen geopolitischen Entwicklungen, insbesondere zu Russland, sowie zur Arbeit als Journalistin in einem Land mit zunehmender Zensur.

Im Fokus standen aktuelle Konflikte und Machtverschiebungen. Schneider sprach zunächst über den Krieg im Iran und die Rolle Russlands. Im Hinblick auf den Irankrieg kritisiere Russland allgemein die USA, sehe jedoch davon ab, Donald Trump persönlich zu kritisieren, da zwischen Putin und Trump ein vergleichsweises gutes persönliches Verhältnis bestehe. Die Partnerschaft zwischen Russland und China wurde als asymmetrisch eingeordnet: Russland agiert zunehmend als Juniorpartner, liefert Rohstoffe und profitiert wirtschaftlich weniger, während China sich mit Investitionen zurückhält.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Putins Person. Dabei zeichnete Carola Schneider seine politische Entwicklung nach: Wurde Putin anfangs als Politiker mit liberaleren Tendenzen wahrgenommen, zeigte sich spätestens seit seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 ein klarer Bruch. Bereits dort formulierte er offen seine Ablehnung gegenüber dem Westen. Geprägt durch seine Vergangenheit im KGB und den Kalten Krieg, sei Putin in Wahrheit aber nie ein Freund demokratischer Systeme gewesen. Außerdem wurden Medien schrittweise unter staatliche Kontrolle gebracht.

Auch Fragen zur Zukunft Russlands wurden diskutiert. Klar ist, dass der 73-jährige Putin nicht mehr ewig regiert. Wie die russische Zukunft nach Putin aussehen könnte, bleibt dabei aber spekulativ. Der Versuch, die inneren Machtstrukturen in Moskau zu deuten, wird daher oft halb scherzhaft „Kremlologie“ genannt. Wahrscheinlich erscheint jedenfalls, dass ein Nachfolger aus dem bestehenden System hervorgeht.

Carola Schneider berichtete zudem aus ihrem Alltag in Moskau, wo sie – mit kurzer Unterbrechung – seit rund 15 Jahren lebt. Zu Beginn erlebte sie eine Phase des Aufbruchs. Mit der Zeit nahmen Einschränkungen jedoch deutlich zu, besonders seit dem Angriff auf die Ukraine. Der Zugang zu Informationen wird zunehmend eingeschränkt, Apps werden verboten, digitale Kommunikation kontrolliert.

Als ausländische Journalistin steht sie unter besonderer Beobachtung. Bei Einreisen werden Dokumente kontrolliert, Bewegungen nachvollzogen. „Es ist anstrengend, ständig Angst zu haben“, beschreibt Schneider. Gleichzeitig betont sie, dass ihre Arbeit vor Ort so lange sinnvoll bleibt, so lange zumindest eingeschränkter Zugang zu unabhängigen Informationsquellen besteht.

Vom Muschelgeld zu Marterbauer

Wien-Exkursion der WIPOL Steiermark

27|04|26

Autor:
Raffael Reithofer



© OeNB

Die Wien-Exkursion am 23. April war gewissermaßen der Höhepunkt des 16. WIPOL-Jahrgangs: Stand doch ein Treffen mit Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) im Bundesministerium für Finanzen auf dem Programm. Bevor es so weit war, besuchten wir jedoch die Oesterreichische Nationalbank (OeNB), wo wir bei einer Führung durch das Geldmuseum zunächst einen Einblick in die Geschichte der Zahlungsmittel – vom Muschelgeld indigener Völker bis hin zu Schilling und Euro – erhielten.

Danach gab uns der stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung, Christian Butschek, ausgerechnet in einem Seminarraum unterhalb der Geldruckerei der OeNB einen Einblick in die Aufgaben einer Nationalbank im europäischen Kontext: Diese reichen von der Gewährleistung der Preisstabilität (dem Inflationsziel von 2 Prozent) über die Bargeldwirtschaft bis hin zur Einführung des Digitalen Euros, der als sogenanntes Zentralbankgeld in naher Zukunft eine dritte Alternative zu Bargeld und Giralgeld (Geldguthaben auf Bankkonten) in der Form eines europäischen Prepaid-Wallets darstellen soll. Neben der Deutschen Bundesbank, der Banque de France, der Banco de España, der Banco de Italia und der Litauischen Bank ist nämlich die Oesterreichische Nationalbank eine von fünf europäischen Zentralbanken, die den digitalen Euro derzeit federführend mitentwickelt.

Dabei geht es laut Butschek vor allem auch um die digitale Souveränität Europas, nämlich darum, die Abhängigkeit von US-amerikanischen Kreditkartenunternehmen wie Mastercard und Visa zu verringern. Derzeit wird der digitale Euro gerade auf technischer Ebene entwickelt, zudem hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments vor kurzem für die Einführung gestimmt. Frühestens 2029 könnte der Digitale Euro schließlich eingeführt werden.

Austausch auf Augenhöhe mit Finanzminister Marterbauer

Nachdem der Besuch in der Nationalbank gewissermaßen das Vorprogramm dargestellt, war es natürlich eine besondere Ehre für die WIPOL Steiermark, von Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) im Bundesministerium für Finanzen, das sich in einem Palais im ersten Wiener



Gemeindebezirk befindet, empfangen zu werden. Der Austausch mit Marterbauer fiel dabei mitten in die Zeit der Verhandlungen der Bundesregierung für das Doppelbudget 2027/28 sowie des Krieges der USA und Israels gegen den Iran und der dadurch verursachten Ölpreiskrise: „Europa muss von den Verrückten dieser Welt unabhängiger werden", fasste Finanzminister Marterbauer eine seiner politischen Zielsetzungen dabei lakonisch zusammen. Die wirtschaftlichen Folgen der Ölpreiskrise seien laut Marterbauer jedenfalls schwer einzuschätzen und im Grunde davon abhängig, „was Herrn Trump morgen wieder einfällt". Hinsichtlich der Budgetpolitik betonte Markus Marterbauer gegenüber der WIPOL einmal mehr die Notwendigkeit des aktuellen Sparbudgets, da die österreichischen Staatsschulden ansonsten bis 2029 auf über 106 Prozent gestiegen wären. Jedoch müsse der Staat sozial ausgewogen sparen und insbesondere dafür sorgen, dass durch das Sparbudget nicht die Konsumnachfrage einbreche – dies sei laut dem Finanzminister insbesondere auch durch einnahmenseitige Sparmaßnahmen zu erreichen. Sozial gerecht sei es außerdem, eher bei Geldleistungen als bei Sachleistungen zu sparen. So würde beispielsweise eine alleinerziehende Mutter laut dem Finanzminister eher von einem Kindergartenplatz als von einer Erhöhung der Familienbeihilfe profitieren.

Die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des aktuellen WIPOL-Jahrgangs drehten sich unter anderem um die Unterschiede zwischen dem Arbeitsumfeld in der Wissenschaft und jenem in der Politik sowie darum, für wie realistisch Markus Marterbauer die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer in Österreich hält. Ersteres beantwortete Marterbauer – der vor seiner Zeit als Finanzminister Chefökonom der Arbeiterkammer Wien war und zuvor beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) gearbeitet hat – damit, dass Sachargumente in der Politik nicht ausreichen würden. Stattdessen gehe es auch darum, politische Mehrheiten zu finden, wenn man sich beispielsweise um die Reform des höchst komplexen österreichischen Gesundheitssystems bemühe. Zur Erbschaftssteuer meinte Marterbauer wiederum, dass sich auch Liberale und Christlichsoziale aus sozialethischen Gründen eigentlich dafür aussprechen müssten und wies dabei darauf hin, dass sich auch der liberale Vordenker John Stuart Mill – ein äußerst einflussreicher britischer Ökonom und Philosoph des 19. Jahrhunderts – für eine Erbschaftssteuer ausgesprochen hat: „Manche wissen es noch nicht, dass sie für eine Erbschaftssteuer sein müssten", meinte Marterbauer wiederum lakonisch.

Der Austausch auf Augenhöhe mit Finanzminister Markus Marterbauer, aber auch der interessante Einblick in die Arbeit der Oesterreichischen Nationalbank wird der WIPOL Steiermark gewiss noch lange in positiver Erinnerung bleiben.



„Über Rechtsextremismus heute gibt es genug zu sagen“

Ein Vortrag über Rechtsextremismus in Österreich

20|05|26

Autorin:
Marlena Schöttl



Was ist die Definition von Rechtsextremismus? Welche Strömungen des Rechtsextremismus gibt es? Und was haben die außerparlamentarischen Strömungen mit der parlamentarischen Rechten zu tun? Mit diesen und vielen weiteren Fragen setzte sich der Vortrag von Dr. Bernhard Weidinger am 11. Mai 2026 auseinander. Bernhard Weidinger forscht seit 2016 am Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) und ist dort unter anderem am jährlichen Rechtsextremismusbericht beteiligt, welcher auch auf der Website des DÖW nachlesbar ist.

Weidinger eröffnete seinen Vortrag mit den Worten: „Der Vortrag heißt zwar `Rechtsextremismus in Österreich gestern und heute´, aber wir werden uns hauptsächlich mit dem Heute beschäftigen, denn darüber gibt es genug zu sagen“.

Nach einer kurzen Einführung, wie Rechtsextremismus in Österreich historisch gewachsen ist – etwa, dass sich aufgrund der engen Verflechtung mit Burschenschaften vieles an den Universitäten abspielte – schilderte Weidinger die aktuellen Trends in der rechtsextremen Szene. Burschenschaften würden immer noch eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem außerparlamentarischen und dem parteiförmigen Rechtsextremismus einnehmen. Zugleich sei aber ein Rückgang der Mitgliedszahlen zu beobachten. Beispielsweise habe es in Wien in letzter Zeit mehrere Fusionen gegeben. Das liege unter anderem daran, dass neue Angebote entstanden seien und sich viele junge Rechtsextreme beispielsweise den Identitären bzw. der sogenannten „Neuen Rechten“ zuwenden würden.

Im Rechtsextremismusbericht 2024 wird die „Neue Rechte“ wie folgt beschrieben: „Mit der euphemistischen Selbstbezeichnung „Neue Rechte“ wird eine Strömung umschrieben, die für sich in Anspruch nimmt, einen konsequenten Bruch mit der „alten“ (faschistischen bzw. im deutsch-österreichischen Kontext nationalsozialistischen) Rechten vollzogen zu

haben. Unverändert geblieben sind bei aller „neurechten“ Modernisierung die Grundannahme und die Vision der „alten Rechten“: die Ungleichheit der Menschen und die Herstellung möglichst ethnischer Homogenität. Als prioritäres Ziel seiner Identitären Bewegung (IB) formulierte Martin Sellner den „Volkserhalt[ ]“ bzw. die „Abwendung des Bevölkerungsaustauschs.“

Weidinger sprach in seinen Ausführungen auch über verschiedene gesellschaftliche Phänomene, die eng in Verbindung mit rechtsextremistischen Strömungen stehen. So gebe es neben Phänomenen wie „Identitären-Rap“ und eigens entwickelten Computerspielen auch Kleidungsmarken, die gezielt für Neonazis gemacht wurden. Dies stelle auch einen ökonomischen Faktor der Szene dar.

Er führte weiter aus, dass Religion im amerikanischen Rechtsextremismus eine größere Rolle spiele als bei uns. Allerdings gebe es auch aktuelle Trends, die aus Amerika nach Österreich geschwappt seien. Als Beispiel nannte er die sogenannte „Manosphere“ – eine sich hauptsächlich im Internet abspielende antifeministische Bewegung, die ein enormes Wachstumspotenzial habe.

Im Anschluss an Weidingers Vortrag fand eine ausführliche Diskussion mit zahlreichen Fragen aus dem Publikum statt. Unter anderem wurden dabei die außenpolitischen Beziehungen österreichischer rechter Akteur:innen erörtert. Laut Weidinger sei etwa die Einstellung zu Russland zwischen den unterschiedlichen rechtsextremistischen Strömungen gespalten.



Der Abend endete mit dem Fazit, dass die Gründe, aus denen sich Menschen rechten Strömungen zuwenden, häufig normale menschliche Bedürfnisse seien und die extreme Rechte darauf menschenfeindliche Antworten biete. Die Frage sei also, welche Antworten von den anderen Parteien angeboten werden könnten.



„Krieg und Frieden“

Ein Abend mit Gerd Oberleitner

26|05|26

Autorin:
Christina Praßl



Anfang Mai 2026 folgte Völkerrechts-Professor Gerd Oberleitner der Einladung, einen Vortrag im heurigen 16. Jahrgang der WIPOL Steiermark zu halten. Inhaltlich widmete er sich aktuellen bewaffneten Konflikten und den damit verbundenen völkerrechtlichen Herausforderungen – kurzum „Krieg und Frieden“, wie er augenzwinkernd bemerkte.

Von den „friedlichen 2000ern“ in die Gegenwart

Ein Blick auf die Webseite „War Watch“ zeigt aktuell 112 bewaffnete Konflikte weltweit. Dabei wird insbesondere unterschieden zwischen internationalen bewaffneten Konflikten (Auseinandersetzungen zwischen den Streitkräften verschiedener Staaten) und nicht internationalen bewaffneten Konflikten (Konflikten zwischen staatlichem Militär, paramilitärischen Organisationen und/oder Aufständischen innerhalb eines Staates).

Oberleitner schilderte, dass die Dauer vieler Konflikte tendenziell zunimmt und auch die Zahl der Todesopfer, insbesondere unter der Zivilbevölkerung, steigt. Zwar sei die Mehrzahl der Konflikte nach wie vor nicht-staatlichen Gruppierungen geschuldet – in jüngerer Zeit habe jedoch die Zahl klassischer internationaler Konflikte deutlich zugenommen, nachdem diese viele Jahre relativ niedrig gewesen war. In den 2000er-Jahren dürften Multilateralismus und insbesondere der UN-Sicherheitsrat in der Weltpolitik einen höheren Stellenwert gehabt haben, schlussfolgert Gerd Oberleitner.

Weiters bemerkt er: „Die Zeiten sind schlecht, und auch die Antworten auf die Zeiten sind schlecht“. Während die Zahl der Konflikte steigt, stehen immer weniger Mittel zur Verfügung, um Konfliktursachen zu



bekämpfen und Kriegsfolgen zu bewältigen. Dabei verwies Oberleitner etwa auf umfassende Kürzungen in der humanitären Hilfe durch die US-Regierung, die im letzten Jahr ja bekanntlich die Behörde USAID aufgelöst hatte.

Quo vadis, Völkerrecht?

Das moderne Völkerrecht ist in weiten Teilen eine Antwort auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Oberleitner verweist darauf, dass jüngere Generationen immer weniger Bezug zur prägenden Nachkriegszeit haben. Gerade diese zunehmende Distanz trage seiner Einschätzung nach dazu bei, dass das Völkerrecht heute so häufig zur Projektionsfläche für Frust, Unverständnis und Hasskommentare wird. Das Völkerrecht sei von Kritiker:innen bereits viele Male „zu Grabe getragen" worden sei – doch es existiert und wirkt nach wie vor, so Oberleitner leidenschaftlich.

Gemeinsam mit den Teilnehmer:innen wurde diskutiert, warum Staaten Völkerrecht überhaupt einhalten sollen: Liegt die Motivation in moralischen Überzeugungen, in Reziprozität (der Erwartung gegenseitiger Rechtsbefolgung), oder in der Androhung von Sanktionen? Schnell wurde deutlich, dass sich diese Frage kaum eindeutig beantworten lässt – und dass vermutlich alle diese Faktoren in unterschiedlicher Gewichtung zusammenwirken.

An der Umsetzung arbeiten

In demokratiepolitisch herausfordernden Zeiten wie diesen habe auch Oberleitner keine allgemeingültige Antwort darauf, wie sich der Multilateralismus „neu erfinden" lasse. Zugleich stellte er gegen Ende des Vortrags mit „Humanity in War", der „Safe Schools Declaration" und der EWIPA-Initiative (Explosive Weapons in Populated Areas) Initiativen vor, die zeigen, wo Diplomatie und Völkerrecht auch heute noch Positives bewirken können.

Abschließend betonte Oberleitner, dass es nicht noch mehr Normen, sondern vor allem eine bessere Umsetzung der bestehenden Regelwerke brauche. Dabei gehe es nicht in erster Linie um eine Intensivierung der völkerstrafrechtlichen Verfolgung, sondern um schrittweise, kleinere Erfolge durch erhöhte Compliance.

Wir bedanken uns sehr herzlich bei Gerd Oberleitner für den spannenden und anregenden Austausch!



Graz wählt!

Eine Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen aller relevanten Parteien

30|06|26

Autor:
Jakob Keppligner



© NASA

Im Vorfeld der Grazer Gemeinderatswahl lud die WIPOL Steiermark gemeinsam mit JEF Steiermark, dem Steirischen Landesjugendbeirat und dem Europahaus Graz zu einer Podiumsdiskussion ein. Ziel des Abends war es, mit den Jungkandidat:innen über verschiedene Themen rund um Graz zu debattieren und ihnen die Gelegenheit zu geben, ihre Positionen einem interessierten Publikum vorzustellen.

Am Podium vertreten waren Simon Riedl (KPÖ), Tristan Ammerer (Grüne), Sebastian Hörzer (SPÖ), Oliver Höller (NEOS), Frédéric Schramm (ÖVP), Michael Winter (KFG) und Elisabeth Graf (FPÖ). Dank gebührt Raffael Reithofer, der die Moderation übernahm.

Zu Beginn drehte sich die Debatte um die großen Infrastruktur- und Kulturprojekte der Stadt. Diskutiert wurde, ob die Kandidat daran glauben, dass der geplante S-Bahn-Tunnel in Graz tatsächlich realisiert wird – und ob unter der jetzigen Stadtregierung Vorzeigeprojekte wie das Kunsthaus oder die Murinsel überhaupt entstanden wären. Daran knüpften sich grundsätzliche Fragen an: Braucht Graz solche „Leuchtturmprojekte“? Was könnte man konkret tun, um die Verkehrswende in der Stadt zu beschleunigen? Hier zeigten sich erwartungsgemäß deutliche Unterschiede zwischen den Parteien – von klaren Bekenntnissen zu Großprojekten bis hin zu kritischen Stimmen, die eher auf das Verhältnis von Kosten und Nutzen verwiesen.

Besonders intensiv und teilweise hitzig wurde über den möglichen Ankauf der Ruine Gösting als Naherholungsgebiet durch die Stadt Graz diskutiert. Während die einen den Mehrwert für die Bevölkerung betonten, stellten andere die Frage, ob das dafür vorgesehene Geld nicht sinnvoller eingesetzt werden könnte. Als Gegenbeispiel wurde die Müllverbrennungsanlage genannt, die in der Puchstraße um rund 250 Millionen Euro errichtet werden soll, was wiederum eine eigene kontroverse Debatte über städtische Prioritäten und Budgetentscheidungen auslöste.

Zum Abschluss bat der Moderator



die Kandidat:innen, persönlich Stellung zu beziehen: „Was bedeutet die Stadt Graz für jede und jeden Einzelnen ganz konkret?“ Die Antworten fielen ebenso vielfältig wie persönlich aus: Für die einen ist Graz vor allem Lebensraum und Heimat, für andere ein Ort der Begegnung, der Bildung oder der politischen Gestaltung. Gerade diese abschließende Runde verlieh dem Abend eine menschliche Note und machte deutlich, dass hinter den politischen Positionen auch ganz individuelle Beweggründe stehen.

Die ein oder andere politische Diskussion setzte sich auch im Nachklang bei Getränken und dem Buffet fort, das durch die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union im Rahmen von Erasmus+ ermöglicht wurde.



Weitere Veranstaltungen

11.12.2025

Weihnachtsfeier & Lesung mit David Gulda und seinem Buch

„Loews - Lebenswege einer jüdischen Familie“

10.03.2026

Filmvorführung: „Ein Tag ohne Frauen“ (in Kooperation mit der JEF Steiermark)

30-31.05.2026

Gemeinsame Hüttenwanderung mit der WIPOL Wien und der WIPOL Tirol

27.06.2026

Gemeinsamer Abschlusstag mit der WIPOL Wien

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:
Wirtschaftspolitische Akademie Steiermark
Conrad-von-Hötzendorf-Straße 11/6
8010 Graz
ZVR: 757974488

KONTAKT:
E-Mail: steiermark@wipol.at
Web: steiermark.wipol.at

LAYOUT:
Simon Völker (nach einem Design von Christoph Madl)

VORSTAND


Christina Praßl


David Mödritzer


Karl Reimer


Laurenz Lauffer


Simon Völker

JAHRGANGSLEITUNG 2025/2026


Florian Cramer | Jakob Kepplinger | Anna Winter | Marlena Schöttl



wipol akademie
STEIERMARK